

Niederschrift
über die 23. Sitzung des Ausschusses für Personal und allgemeine
Verwaltung
am 14.10.2013 in Köln, Landeshaus
- öffentlicher Teil -

Anwesend vom Gremium:

CDU

Boss, Frank
Fenninger, Georg
Naumann, Jochen
Petrauschke, Hans-Jürgen
Dr. Schlieben, Nils Helge
Zimball, Wolfgang

Vorsitzender

SPD

Holzhauer, Albert
Kösling, Klaus
Prof. Dr. Rolle, Jürgen
Schulz, Ursula
Wucherpennig, Brigitte

(bis einschl. TOP 21)

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Peil, Stefan
Peters, Anna

FDP

Effertz, Lars Oliver
Paßmann, Bernd

Die Linke.

Groeneveld, Uwe

FREIE WÄHLER/DEINE FREUNDE

Bayer, Udo (für Schmitz, Heinz) beratendes Mitglied

Verwaltung:

vom Scheidt, Frank	LVR-Dezernent 1
Hoffmann, Oliver	GF LVR-InfoKom
Berg, Frithjof	Leiter LVR-FB 12
Beuel, Stefan	10.10 (Protokoll)
Dannat, Knut	Leiter LVR-FB 14
Frankeser, Karl-Heinz	LVR-InfoKom
Krause, Frank	LVR-InfoKom
Robens, Rolf	Leiter LVR-FB 11
Schwamborn, Axel	Leiter LVR-Institut TBE

Sonstige Anwesende:

Altena, Kerstin	LVR-FB 91 (bis einschl. TOP 6)
Barthel, Kristina	PR 1 (bis einschl. TOP 12)
Eichhorn-Thiel, Barbara	Ltg. LVR-FB 06 (bis einschl. TOP 8)
Häger, Hildegard	LVR-FB 12 (bis einschl. TOP 12)
Hüllenkrämer, Tanja	LVR-FB 06
Mißbach, Christoph	GJAV (bis einschl. TOP 12)
Mosbach, Susanne	GPR
Nivelstein, Lars	PR 5 (bis einschl. TOP 12)
Schneiders, Susanne	LVR-FB 21 (bis einschl. TOP 12)
Schönen, Holger	PR 5 (bis einschl. TOP 12)
Soethout, Guido	Leiter LVR-FB 21
Unkelbach, Ingo	10.10
Zander, Dieter	LVR-FB 12

Tagesordnung

A: Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung

Öffentliche Sitzung

Beratungsgrundlage

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Niederschrift über die 22. Sitzung vom 15.07.2013
3. Anfragen und Anträge
4. Haushalt 2014
hier: Zuständigkeiten des Ausschusses für Personal und
allgemeine Verwaltung **13/3127**
5. Stellenplan 2014
- 5.1. Stellungnahme des Gesamtpersonalrates (GPR) des
LVR zum Stellenplanentwurf 2014
- 5.2. Stellenplan 2014 **13/3167**
6. Schulmanagement NRW
hier: Verlängerung der Vereinbarung mit dem Land
NRW bis 2015 **13/3085**
7. Befristete Beschäftigungsverhältnisse 2012 (einschl.
Entwicklung 2010 bis 2012) **13/3068**
8. Beschränkung von Altersteilzeit für Beamtinnen und
Beamte des LVR auf Inhaberinnen und Inhaber von
Stellen mit kw-Vermerk **13/3039/1**
9. Beschlusskontrolle
10. Verschiedenes

B: Betriebsausschuss LVR-InfoKom

11. Wirtschaftsplanentwurf 2014 LVR-InfoKom **13/3183**
12. Verschiedenes

Nichtöffentliche Sitzung

13. Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft über die
Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes
2012 von LVR-InfoKom **13/3086**
14. Lagebericht 2012 von LVR-InfoKom **13/3090**
15. Zweiter Quartalsbericht 2013 von LVR-InfoKom **13/3095**
16. Satzungsänderung der ProVitako (Marketing- und
Dienstleistungsgesellschaft
der Kommunalen IT-Dienstleister e.G.) **13/3197**

- | | | |
|-------|--|----------------|
| 17. | Vergaben | |
| 17.1. | Übersicht der Vergaben von LVR-InfoKom ab einer Summe von 10.000 EUR für den Zeitraum vom 01.04.2013 bis 30.06.2013. | 13/3046 |
| 17.2. | Vergabe eines Auftrages über die Beschaffung von Lizenzen im Bereich der Datensicherung und Datensicherheit | 13/3195 |
| 17.3. | Vergabe von IT-Beratungs- und Unterstützungsleistungen in Projekten und Produkten von LVR-InfoKom | 13/3201 |
| 17.4. | Vergabe von Smalltalkentwicklungsleistungen für Projekte von LVR-InfoKom | 13/3219 |
| 18. | Verschiedenes | |

C: Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung

- | | | |
|-------|--|----------------|
| 19. | Niederschrift über die 22. Sitzung vom 15.07.2013 | |
| 20. | Anfragen und Anträge | |
| 21. | Vergabe eines Auftrages zur wissenschaftlichen Begleitung des Projektes „Erfolgsfaktoren für inklusiven Sport in Schulen und Vereinen – Sportvereine öffnen ihre Türen für Kinder und Jugendliche mit Behinderung“ | 13/3218 |
| 22. | Personalmaßnahmen | |
| 22.1. | Besetzung der LVR-Fachbereichsleitung 71 - Querschnittsaufgaben und Dienstleistungen | 13/3215 |
| 22.2. | Personalmaßnahmen;
Zuständigkeit des Ausschusses für Personal und allgemeine Verwaltung | 13/3213 |
| 22.3. | Personalmaßnahmen;
hier: Zuständigkeit des Landschaftsausschusses | 13/3214 |
| 23. | Beschlusskontrolle | |
| 24. | Verschiedenes | |

D: Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung

Öffentliche Sitzung

- | | | |
|-----|--------------------------------------|----------------|
| 25. | Jahresabschluss 2012 von LVR-InfoKom | 13/3091 |
|-----|--------------------------------------|----------------|

Beginn der Sitzung:	09:30 Uhr
Ende öffentlicher Teil:	10:25 Uhr
Ende nichtöffentlicher Teil:	11:18 Uhr
Ende der Sitzung:	11:20 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der **Vorsitzende** Frau Hüllenkrämer, die im LVR-FB 06 für das Projekt "Digitale Gremienarbeit" verantwortlich ist. Mit der heutigen Sitzung beginnt im Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung die Erprobungsphase. Der Vorsitzende bedankt sich für die Unterstützung von und durch Frau Hüllenkrämer, die die Sitzungsmappe via Beamer auf eine Leinwand projiziert.

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung bestehen keine Bedenken.

Punkt 2

Niederschrift über die 22. Sitzung vom 15.07.2013

Gegen die Niederschrift bestehen keine Bedenken.

Punkt 3

Anfragen und Anträge

Es liegen keine Anfragen und Anträge vor.

Punkt 4

Haushalt 2014

hier: Zuständigkeiten des Ausschusses für Personal und allgemeine Verwaltung Vorlage 13/3127

Es besteht Einvernehmen zwischen allen Fraktionen, den Haushalt 2014 bzw. die Vorlage Nr. 13/3127 als eingebracht zu betrachten und die Beratung und Beschlussfassung auf die nächste Sitzung zu vertagen.

Punkt 5

Stellenplan 2014

Punkt 5.1

Stellungnahme des Gesamtpersonalrates (GPR) des LVR zum Stellenplanentwurf 2014

Der **Vorsitzende** begrüßt **Frau Mosbach**, die für den Gesamtpersonalrat des LVR dessen Stellungnahme zum Stellenplanentwurf 2014 vorträgt.

Der **Vorsitzende** bedankt sich im Namen des Ausschusses für die Stellungnahme, die als Anlage 1 der Niederschrift beigefügt ist.

Punkt 5.2
Stellenplan 2014
Vorlage 13/3167

Es besteht Einvernehmen zwischen allen Fraktionen, den Stellenplan 2014 bzw. die Vorlage Nr. 13/3167 als eingebracht zu betrachten und die Beratung und Beschlussfassung auf die nächste Sitzung zu vertagen.

Punkt 6
Schulmanagement NRW
hier: Verlängerung der Vereinbarung mit dem Land NRW bis 2015
Vorlage 13/3085

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst einstimmig ohne Aussprache folgenden empfehlenden Beschluss:

"Dem Abschluss der Folgevereinbarung hinsichtlich des Schulmanagements NRW mit dem Land NRW wird entsprechend der Vorlage Nr. 13/3085 zugestimmt."

Punkt 7
Befristete Beschäftigungsverhältnisse 2012 (einschl. Entwicklung 2010 bis 2012)
Vorlage 13/3068

Herr vom Scheidt merkt an, dass die Vorlage im Vergleich zur Vorjahresvorlage um einige Positionen ergänzt wurde, so z. B. die Rechtsgrundlage für den Abschluss befristeter Beschäftigungsverhältnisse und die Angaben zur Übernahme befristet Beschäftigter in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse. Zudem seien die Daten mit dem Dezernat 8 abgeglichen. Darum gehe die Vorlage auch in die o. a. Fachausschüsse. Mit Blick auf die Kommunalwahl 2014 regt **Herr vom Scheidt** an, im nächsten Jahr vom jährlichen Berichtsrhythmus abzuweichen und erst im Frühjahr 2015 erneut zu berichten. Hierzu stellt der **Vorsitzende** Einvernehmen im Ausschuss fest.

Die Vorlage wird wegen ihrer Aussagekraft vom Ausschuss gelobt. Aber auch wenn positive Entwicklungen, z. B. bei LVR-InfoKom, erkennbar seien, müssten befristete Beschäftigungsverhältnisse weiter zurückgefahren werden. Dies gelte insbesondere für die LVR-Kliniken.

Auf Nachfrage von **Herrn Effertz**, wie die Verwaltung die Befristung von Beschäftigungsverhältnissen in den LVR-Kliniken vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels einschätze, erklärt **Herr vom Scheidt** - ohne der LVR-Dezernentin 8 vorgreifen zu wollen -, dass hier mit Blick auf die Arbeitgeberattraktivität möglicherweise ein Umdenken erforderlich sei.

"Der Bericht zur Entwicklung und zum aktuellen Stand der befristeten Beschäftigungsverhältnisse wird gemäß Vorlage 13/3068 zur Kenntnis genommen."

Punkt 8

Beschränkung von Altersteilzeit für Beamtinnen und Beamte des LVR auf Inhaberinnen und Inhaber von Stellen mit kw-Vermerk Vorlage 13/3039/1

Herr vom Scheidt verdeutlicht, dass sich die Verwaltung aufgrund der demographischen Entwicklung, der Gleichbehandlung von Beschäftigten und Beamtinnen/Beamten sowie der Haushaltskonsolidierung zur o. a. Beschränkung der Altersteilzeit veranlasst sehe.

Herr Boss verweist auf den Antrag der CDU zur Ursprungsvorlage und erklärt, dass Teile des damaligen Antrags jetzt Bestandteil der Ergänzungsvorlage seien. Die CDU-Fraktion hätte wie der Gesamtpersonalrat eine weitergehendere Regelung begrüßt und sieht in der nunmehr beabsichtigten Regelung lediglich einen kleinen Schritt in die richtige Richtung, der letztlich aber nicht genug sei. Das Argument der Kosten könne er mit Blick auf freiwillige Leistungen im Haushalt nicht gelten lassen. Dennoch werde sich die CDU-Fraktion der Vorlage nicht verschließen. **Herr Petrauschke** ergänzt, dass man sich eine flexiblere Regelung gewünscht hätte, nach der, sozusagen als Ausgleich für ein vorzeitiges Ausscheiden, auch eine Weiterbeschäftigung über die Altersgrenze hinaus möglich gewesen wäre.

Herr Holzhauer und **Herr Effertz** schließen sich der Argumentation der Verwaltung zur vorgesehenen Beschränkung der Altersteilzeit an. Leider sei ein Konsens mit der Personalvertretung nicht immer möglich.

Herr Groeneveld fragt, warum keine besondere Regelung für schwerbehinderte Menschen getroffen worden sei.

Herr vom Scheidt erklärt zur Anmerkung von Herrn Petrauschke, dass die Verwaltung in Einzelfällen für Beschäftigte und Beamtinnen/Beamte sehr wohl die Möglichkeit der Weiterbeschäftigung über die Altersgrenze hinaus schaffe. Zur Frage von Herrn Groeneveld führt er aus, dass schwerbehinderte Mitarbeitende gleichermaßen wertvolle Arbeitskräfte seien, so dass sich aus Gründen der Gleichbehandlung eine Sonderregelung verbiete.

Auf Nachfrage von **Herrn Boss** erläutert **Herr vom Scheidt**, dass es aktuell 114 Beamtinnen und Beamte gebe, die nach der Wiedereinführung der Altersteilzeit zum 01.06.2013 in diesem Jahr erstmalig zu Altersteilzeit berechtigt seien. Insgesamt 134 Beamtinnen und Beamte, die bereits bis Ende 2012 zur Altersteilzeit berechtigt waren, seien dies auch weiterhin. In diesem Jahr hätten 29 Beamtinnen und Beamte Interesse an Altersteilzeit bekundet. 16 davon hätten spätestens am 01.10.2013 Altersteilzeit antreten können. Nach Beratung hätten sich 8 davon gegen Altersteilzeit entschieden, 8 hätten eine Bewilligung erhalten. Zusätzlich habe nach Abwägung der dienstlichen und persönlichen Interessen eine Beamtin, die im Oktober 1958 geboren sei und bereits im Juni um Altersteilzeit gebeten habe, eine Bewilligung ab dem 01.11.2013 erhalten. Die Mehrkosten gegenüber der erbrachten Arbeitsleistung beliefen sich in diesen 9 neu bewilligten Fällen auf insgesamt etwa 640.000 €, verteilt über 10,5 Jahre, also durchschnittlich etwa 61.000 € pro Jahr.

Herr vom Scheidt sagt zu, den Fraktionen die genannten Zahlen kurzfristig für die weitere Beratung im Landschaftsausschuss zur Verfügung zu stellen (erledigt).

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst einstimmig, bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE., folgenden empfehlenden Beschluss:

"Die Anwendung von § 65 Landesbeamtengesetz wird gemäß Vorlage 13/3039/1 beim LVR auf Inhaberinnen und Inhaber von Stellen mit

kw-Vermerk beschränkt."

Punkt 9
Beschlusskontrolle

Zu diesem TOP gibt es keine Wortmeldungen.

Punkt 10
Verschiedenes

Unter Bezugnahme auf die am 15.07.2013 unter TOP 6 beratene Vorlage Nr. 13/3034 zur Nutzung des Jobticketangebots erklärt **Herr vom Scheidt**, dass die Verwaltung zwei Gespräche geführt habe, eins mit dem VRS und eins mit dem VRS und dem VRR. Es sei erkennbar, dass eine flächendeckende Lösung nur möglich sei, wenn die Verkehrsverbände VRS, VRR und AVV zusammenarbeiten. Dies sei aufgrund unterschiedlicher Philosophien bei der Rabattierung kein leichter Weg und ein Erfolg noch nicht absehbar. Ein weiteres Gespräch sei für Januar geplant. Isoliert davon bemühe man sich um eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem VRR. Nach dem Gespräch im Januar werde der Ausschuss erneut unterrichtet.

Punkt 11
Wirtschaftsplanentwurf 2014 LVR-InfoKom
Vorlage 13/3183

Es besteht Einvernehmen zwischen allen Fraktionen, den Wirtschaftsplanentwurf 2014 von LVR-InfoKom bzw. die Vorlage Nr. 13/3183 als eingebracht zu betrachten und die Beratung und Beschlussfassung auf die nächste Sitzung zu vertagen.

Punkt 12
Verschiedenes

Zu diesem TOP gibt es keine Wortmeldungen.

Punkt 25
Jahresabschluss 2012 von LVR-InfoKom
Vorlage 13/3091

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst einstimmig ohne weitere Aussprache folgenden Beschluss:

"1. Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung als Betriebsausschuss von LVR-InfoKom nimmt den Jahresabschluss 2012 von LVR-InfoKom gem. Vorlage Nr. 13/3091 zur Kenntnis.

2. Er empfiehlt dem Landschaftsausschuss, den Jahresabschluss an die Landschaftsversammlung mit folgender Beschlussempfehlung weiterzuleiten:

2.1 Die Landschaftsversammlung stellt den Jahresabschluss 2012 von LVR-InfoKom fest.

2.2 Zum Ausgleich des Jahresfehlbetrages i. H. v. 527.691,72 Euro wird ein gleich hoher Betrag aus der Gewinnrücklage entnommen.

2.3 Der Bilanzgewinn zum 31.12.2012 beträgt 0,00 Euro.

3. Der Betriebsleitung des Betriebes LVR-InfoKom wird gemäß § 7 (2) Ziffer 9 der Betriebssatzung Entlastung erteilt."

Bonn, 12.11.2013

Köln, 31.10.2013

Köln, 05.11.2013

Der Vorsitzende

Die Direktorin des
Landschaftsverbandes
Rheinland
In Vertretung

Betriebsleitung
LVR-InfoKom

F e n n i n g e r

v o m S c h e i d t

H o f f m a n n

Stellenplan und allgemeine Situation

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen des Gesamtpersonalrates möchte ich wie folgt vortragen.

Die Kolleginnen und Kollegen spüren in ihrer täglichen Arbeit zunehmend die Sparpolitik des LVR.

Sei es in den langen Wiederbesetzungssperren, durch die stringenten Konsolidierungsmaßnahmen oder befristete Arbeitsverträge.

Die Kolleginnen und Kollegen sind hoch motiviert und sind stets bemüht, die an sie gestellten und steigenden Anforderungen zu erfüllen, die Arbeit für und mit den Menschen im Sinne der Qualität für Menschen zu leisten.

Aber es muss die Frage erlaubt sein, wie lange sich die Schraube des Sparens noch drehen lassen wird.

Die größte Ressource, die ein Unternehmen hat, sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das gilt auch für den LVR.

Was wäre der LVR ohne die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter?

Wir hätten z. B. hier in Deutz keine Probleme mehr mit der Überbelegung von Büroraum – könnten aber auch unseren dienstlichen Auftrag nicht erfüllen.

Mit Sorge nehmen wir die hohen Krankenzahlen in einigen Bereichen zur Kenntnis.

Dazu kommen steigende Fallzahlen im Bereich des Betrieblichen Eingliederungsmanagements und zunehmende Fehlzeiten aufgrund von psychischen Erkrankungen.

Dies sind die Ergebnisse von andauernden Belastungssituationen aufgrund von Mehrbelastung.

Ständige Überlastung macht krank. Die aktuellen Statistiken der Krankenkassen haben hier aktuell erschreckende Zahlen offenlegt.

Gesundheit wird auch über eine ausgewogene Belastung unterstützt.

Bei sehr vage geschätzten 40.000 Stunden im Plus auf den Zeitkonten der LVR Belegschaft, ist das eine fragwürdige Entwicklung.

Aktuell befinden wir uns mit der Verwaltung in der Diskussion über die DV zur flexiblen Arbeitszeit.

Es kann nicht sein, dass die vereinbarten Stundenkontingente im Bereich der Gelb- und Rotphasen stetig anwachsen und den Kolleginnen und Kollegen gar kein Raum mehr bleibt, um diese Stundenberge wieder abzubauen.

Wir sind sehr daran interessiert zu erreichen, dass die Vorgaben der DV auch tatsächlich umgesetzt werden.

Eine DV zur Umsetzung eines betrieblichen Gesundheitsmanagements befindet sich in der Verhandlung und sollte die Fragen der Gesundheit in den Blick aller lenken.

Gesundheit ist das höchste Gut.

Der sensible und je nach Bereich individuell angepasste Umgang mit der Gesundheit jedes Einzelnen ist nicht nur eine wichtige Führungsaufgabe sondern eine Aufgabe der gesamten Belegschaft.

Der Abschluss einer solchen DV kann aber eine ausreichende Personalbemessung nicht ersetzen.

Die DV wird richtige und wichtige Schritte in Richtung gesunder Arbeitsplatz und Offenlegung von Defiziten tun.

Es muss aber klar sein, dass die daraus abgeleiteten erforderlichen Maßnahmen nur mit Geld umgesetzt werden können.

Die Gesundheit sollte es Ihnen wert sein.

Die Bemühungen der Verwaltung auf den Bund einzuwirken, sich endlich an den Kosten der Sozialhilfe zu beteiligen, begrüßen wir sehr.

Wenn die Sparpolitik fortgesetzt wird, werden nur noch Standardsenkungen dazu führen können, dass sich die Kolleginnen und Kollegen Arbeitsbedingungen ausgesetzt sehen, die sie tatsächlich bewältigen können.